

## #BTW21: Forderungen an die zukünftige Bundesregierung

### 1. Systemrelevante Nahrungs- und Energieversorger – Genossenschaftliche Rechtsform stärken!

Die 1.766 im Deutschen Raiffeisenverband (DRV) organisierten genossenschaftlich orientierten Unternehmen mit ihren rund 500.000 Eigentümern und über 92.000 Mitarbeitern erzielen in der Erzeugung, im Handel und in der Verarbeitung von pflanzlichen und tierischen Produkten einen Jahresumsatz von über 64 Mrd. Euro. Damit bilden sie ein wichtiges wirtschaftliches Rückgrat insbesondere für die ländlichen Regionen in Deutschland. Als essentielles Bindeglied zur Versorgung der Bevölkerung vor allem mit Nahrungsmitteln und Energie haben sie sich nicht zuletzt in der Corona-Pandemie als systemrelevant erwiesen. Um diesen Aufgaben auch zukünftig gerecht werden zu können, benötigen die genossenschaftlichen Unternehmen eine weitere Stärkung ihrer Rechtsform und den Abbau bürokratischer Hürden.

#### Der DRV fordert:

- Die Förderung der genossenschaftlichen Rechtsform als idealer Rahmen für gemeinschaftliche Tätigkeiten durch Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen, die die Nutzung der vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten des Genossenschaftsgesetzes (z. B. Kündigungsfristen) sicherstellen.
- Die Schaffung unterstützender kartellrechtlicher Rahmenbedingungen sowie die Stärkung der rechtlichen Möglichkeiten einer Finanzierung der ländlichen Genossenschaften durch ihre Mitglieder. In die genossenschaftsinternen demokratischen Willensbildungsprozesse darf nicht eingegriffen werden.
- Die Senkung der Steuerbelastung der Unternehmen auf maximal 25 Prozent sowie eine Verbesserung der Verlustverrechnung.
- Den zunehmend rückwirkenden Änderungen von Verwaltungsauffassungen entgegenzuwirken und damit Verlässlichkeit im Steuerrecht zu schaffen. Rechtssicherheit und Vertrauensschutz müssen wieder als oberstes steuerrechtliches Gebot verstanden werden.
- Den überbordenden bürokratischen Aufwand für die Unternehmen, z. B. bei Melde- und Aufzeichnungspflichten, zurückzufahren. Hierzu müssen gemeinsam mit den Unternehmen bürokratische Wachstums- und Innovationsbremsen identifiziert und abgeschafft werden.

### 2. Wettbewerbsfähigkeit im Markt stärken – Level Playing Field schaffen!

Deutschland bietet für eine ressourceneffiziente landwirtschaftliche Produktion aufgrund seiner natürlichen und klimatischen Bedingungen im Weltmaßstab beste Voraussetzungen. Die qualitativ hochwertigen und Know-how-intensiven Erzeugnisse werden international geschätzt und stark nachgefragt. Internationaler Handel bringt Vorteile für (Land-)Wirtschaft und Verbraucher, wenn er nach gemeinsamen Regeln funktioniert und eine nachhaltige Entwicklung sicherstellt. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaftsunternehmen darf nicht durch unterschiedliche Standards auf dem EU-Binnenmarkt gefährdet werden.

**Der DRV fordert:**

- Die Umsetzung EU-rechtlicher Vorgaben in nationales Recht ohne zusätzliche Verschärfungen für die Wirtschaft sowie die einheitliche Umsetzung europäischer Standards in allen Mitgliedsstaaten zur Schaffung von gleichen Wettbewerbsbedingungen („Level Playing Field“).
- Den weltweiten Abbau von Zollschränken und nichttarifären Handelshemmnissen.
- Die zusätzliche Honorierung nationaler Vorreiterrollen mit höheren Standards durch verbindliche Finanzierungskonzepte.
- Die Etablierung leistungsfähiger Strukturen in den zuständigen Bundesministerien, um effiziente Verhandlungen zur Öffnung von Drittlandsmärkten führen zu können.
- Die Schaffung und Sicherung von Exportzugängen in asiatische Zukunftsmärkte, z. B. für Äpfel, Getreide oder Fleisch.
- Eine Stärkung der Lebensmittelproduktion in und aus Deutschland insgesamt, u. a. durch Maßnahmen und Kampagnen zur Steigerung der Wertschätzung.

### **3. Klimaschutz nachhaltig vorantreiben – Genossenschaften sind Teil der Lösung!**

Die Folgen des weltweiten Klimawandels werden immer deutlicher sichtbar. Unwetterereignisse und Dürrejahre häufen sich und nehmen in ihrer Dramatik zu. Für die Raiffeisen-Genossenschaften ist Klimaschutz ein essentieller Teil ihres nachhaltigen Selbstverständnisses. In den vergangenen Jahren realisierten die Unternehmen viele Projekte im Bereich erneuerbare Energien, optimierten ihre betrieblichen Prozesse und damit die Klimateffizienz. Auch stehen sie den Landwirten als Händler und Dienstleister zur Seite, um deren Klimabilanz zu verbessern.

**Der DRV fordert:**

- Die Sicherstellung, dass die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft durch nationale Klimaschutz-Maßnahmen (z. B. CO<sub>2</sub>-Bepreisung) im europäischen Wettbewerb nicht benachteiligt wird.
- Eine klimaneutrale Energieversorgung, die den unterschiedlichen Strukturen und Bedürfnissen von Stadt und Land Rechnung trägt. Die einseitige Fokussierung auf Strom greift zu kurz; vielmehr müssen sämtliche Effizienzpotentiale aller Technologien und Energieträger (z. B. Biomechanik) genutzt werden.
- Anreizsysteme statt Ordnungsrecht: Transformationsprozesse müssen durch Förderungen alternativer Technologien, z. B. in der Logistik, vorangetrieben werden.
- Die Anerkennung der Klimaleistungen der Land- und Forstwirtschaft, z. B. durch die stärkere Berücksichtigung in den nationalen Klimabilanzen.

### **4. Wiederaufbau der Hochwasser-Regionen gewährleisten – Krisenvorsorge verbessern!**

Die jüngsten Überschwemmungen in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Bayern haben schlimmes menschliches Leid und immense Zerstörungen verursacht. Es erfordert einen nationalen Kraftakt, um alle Möglichkeiten zu ergreifen, die betroffenen Regionen beim schnellstmöglichen Wiederaufbau zu unterstützen. Gleichzeitig macht die Flutkatastrophe erhebliche Mängel beim Katastrophenschutz und eine teilweise nicht ausreichende Risikovorsorge deutlich.

**Der DRV fordert:**

- Schnellstmögliche, unbürokratische staatliche Hilfe zum Wiederaufbau der Infrastruktur in den betroffenen Regionen. Hierzu gehören Erleichterungen im Planungs-, Vergabe-, Bau- und Umweltrecht.
- Unterstützung der Hilfe zur Selbsthilfe ohne föderale oder bürokratische Hindernisse.
- Die Stärkung des nationalen Katastrophenschutzes.
- Politische Maßnahmen zur Förderung der Risikovorsorge für Extremwetterereignisse.

**5. Gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen – Genossenschaften brauchen attraktive ländliche Räume!**

Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Städten und auf dem Land ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Genossenschaften sind wichtige Arbeitgeber und Motor der ländlichen Räume. Unternehmerisches Wirtschaften braucht neben funktionierender Infrastruktur attraktive Lebensbedingungen in den ländlichen Räumen. Nur so können die vielfältigen Arbeitsplätze in der Agrar- und Ernährungswirtschaft mit qualifizierten, motivierten Kräften besetzt und gesichert werden. Somit wird verhindert, dass Landwirtschaft und ländlicher Raum vom Fortschritt abgehängt werden.

**Der DRV fordert:**

- Den beschleunigten Ausbau digitaler Infrastrukturen im gesamten Bundesgebiet durch sichere und resiliente Digitalanbindungen.
- Die Schaffung eines kohärenten Rechtsrahmens für die Speicherung und Verwendung von unternehmensbezogenen Daten.
- Die beschleunigte, flächendeckende Digitalisierung der Verwaltung.
- Verstärkte Investitionen in die Infrastruktur der ländlichen Räume bei gleichzeitiger Förderung neuer Mobilitätskonzepte.
- Den Ausbau der Knotenpunkte zur Anbindung an Wasserwege und das Schienennetz und damit eine Steigerung der Attraktivität des umweltschonenden Güterverkehrs.

**6. Nahrungsmittel fallen nicht vom Himmel – Innovationen in der Agrarwirtschaft fördern!**

Kulturpflanzen sind über Jahrhunderte so gezüchtet worden, dass sie dem Menschen als verträgliche und wohlschmeckende Nahrungsgrundlage dienen können. Dabei gilt es, eine optimale Balance zwischen dem pflanzenbaulichen Optimum und dem Schutz natürlicher Ressourcen zu gewährleisten. Wissenschaftliche Erkenntnisse und deren praktische Umsetzung sowie verbesserte Anbaumethoden und -techniken helfen dabei. Pflanzen benötigen Schutz. Dennoch verlieren immer mehr Pflanzenschutzmittel ihre Zulassung, ohne dass geeignete Alternativen zur Verfügung stehen. Ertragsausfälle und Qualitätseinbußen sind die Folge.

**Der DRV fordert:**

- Verlässliche Nutzen-Risiko-Abwägungen und einen wissenschaftlich basierten Umgang mit Methoden der nachhaltigen Landwirtschaft statt pauschaler Verbote.
- Die Anpassung des EU-Gentechnikrechts an den Stand der Wissenschaft, um ein Abschotten des europäischen Wirtschaftsraumes vom internationalen Handel zu verhindern. Die Potenziale neuer Züchtungsmethoden müssen durch differenzierte Regelungen nutzbar gemacht werden.
- Die Unterstützung von Wissenschaft und Forschung zur schnelleren Integration digitaler Infrastrukturen, neuer technischer Möglichkeiten, neuer Sorten und neuer Erkenntnisse in die landwirtschaftliche Praxis.
- Die Verbesserung der Zusammenarbeit der Behörden auf Bundes- und auf Landesebene, u. a. bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln.
- Die Förderung von satelliten- und sensorgestützter Präzisionslandwirtschaft sowie die Entwicklung neuer Pflanzenschutzmittel und -techniken statt Festlegung pauschaler Reduktionsziele.
- Die stärkere Unterstützung der Erforschung und Entwicklung pflanzengesundheitlicher Alternativen.

**7. Nachhaltige Wertschöpfung stärken – Geeignete Rahmenbedingungen für die Tierische Veredelung schaffen!**

Nutztierhaltung und die Wertschöpfung mit tierischen Produkten sind wichtige Standbeine der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft. Gleichzeitig ist die Nutztierhaltung essentieller Bestandteil einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft. Den gesellschaftspolitischen Forderungen nach Veränderungen in der Nutztierhaltung kann nur gemeinsam mit den Tierhaltern entsprochen werden. Bei der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen müssen Planungssicherheit, faire Wettbewerbsbedingungen sowie die Vermeidung von Strukturbrüchen gewährleistet werden. Der Umbau der Nutztierhaltung ist eine große finanzielle Aufgabe, die nur gesamtgesellschaftlich gelöst werden kann.

**Der DRV fordert:**

- Die prioritäre und zügige Umsetzung der Empfehlungen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) („Borchert-Kommission“). Hierzu gehört insbesondere die Schaffung rechtskonformer, verbindlicher Finanzierungskonzepte für den schrittweisen Umbau hin zu einer nachhaltigeren Nutztierhaltung.
- Den Verzicht auf pauschale Reduzierungen von Nutztierbeständen. Da Betriebsgrößen keine Rückschlüsse auf das Tierwohl zulassen, sind Obergrenzen für Tierzahlen nicht zielführend.
- Tiertransporte nicht durch zusätzliche zeitliche oder regulatorische Auflagen weiter einzuschränken.
- Den Ausbau der Eiweißpflanzenstrategie, um die nationale Eiweißlücke in der Tierernährung weiter zu schließen.
- Politische Maßnahmen zur Vermeidung von Strukturbrüchen in der gesamten Wertschöpfungskette inklusive der vor- und nachgelagerten Bereiche.
- Die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen zur Eindämmung und Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest sowie das Verbot der Freilandhaltung von Schweinen in Restriktionsgebieten.

## 8. Fairness in der Lieferkette sicherstellen – Sorgfaltspflichten mit Augenmaß verfolgen!

Im Bereich der Agrarerzeugnisse und Lebensmittel besteht eine Ungleichverteilung der Marktmacht zugunsten des Lebensmittelhandels. Vier Unternehmen des Lebensmitteleinzelhandels teilen sich 85 Prozent des Marktes in Deutschland untereinander auf.

Die Umsetzung der EU-Richtlinie über unlautere Handelspraktiken in den Geschäftsbeziehungen zwischen den beteiligten Unternehmen in deutsches Recht ist daher der erste wichtige Schritt zu einem ausgewogenen und fairen Miteinander der Marktpartner. Ein Wettbewerb auf Augenhöhe ist elementarer Bestandteil einer funktionierenden Marktwirtschaft. Fairness gilt in alle Richtungen: Die Einhaltung der unternehmerischen Sorgfaltspflichten ist für die genossenschaftlichen Unternehmen selbstverständlich.

### Der DRV fordert:

- Politische Maßnahmen zur Förderung des fairen Wettbewerbs in der Lebensmittellieferkette, die Evaluierung bestehender Vorschriften und die Verbesserung des Schutzes der genossenschaftlichen Unternehmen.
- Einer eventuellen Entstehung neuer unfairer Handelspraktiken schnellstmöglich durch Maßnahmen wie der Erweiterung der „Schwarzen Liste“ entgegenzuwirken.
- Die Förderung von Marketingkooperationen innerhalb der Lieferkette, z. B. zwischen Genossenschaften und dem Einzelhandel.
- Neue Regelungen zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten ohne zusätzliche Bürokratie und mit Augenmaß einzuführen sowie diese nach Möglichkeit in bestehende Berichtspflichten zu integrieren.
- Die Berücksichtigung und Anerkennung der bestehenden hohen Standards und vielfältigen Zertifizierungen, unter denen Produktion und Handel stattfinden (Safe Harbour-Regelung).

## 9. ZKL-Empfehlungen umsetzen –Transformation ökonomisch tragfähig gestalten!

In ihrem Abschlussbericht stellen die Mitglieder der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) fest, dass die ökonomische Nachhaltigkeit vieler landwirtschaftlicher Betriebe in Deutschland nicht mehr gegeben ist und unzureichende sowie schwankende Einkommen den Strukturwandel weiter beschleunigen werden. Die ZKL formuliert als Ziel, die Vielfalt der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland zu erhalten und die heimische Land- und Ernährungswirtschaft resilient und zukunftsicher weiterzuentwickeln. Die Agrarbranche stellt sich den Herausforderungen des Transformationsprozesses und gestaltet die Weiterentwicklung von Umwelt- und Sozialstandards kontinuierlich mit.

### Der DRV fordert:

- Einen klaren Zeitplan zur schrittweisen Umsetzung der Empfehlungen der ZKL als gesamtgesellschaftliche Aufgabe.
- Die Berücksichtigung der ökonomischen Tragfähigkeit des nachhaltigen Transformationsprozesses und die Vermeidung von Produktionsverlagerungen ins Ausland.
- Einen verlässlichen Referenzrahmen in der europäischen Agrarpolitik.
- Eine höhere Wertschöpfung für Produkte, die zu höheren Standards produziert wurden. Dieser Mehraufwand sollte vorrangig am Markt erlöst sowie durch politische Maßnahmen und verbindliche Finanzierungskonzepte unterstützt werden.